

INHALT

1. Grüne-Pressemitteilung widerspricht eigenem Landtagsbeschluss
2. CDU: Windkraftausbau muss mit dem Netzausbau Hand in Hand gehen
3. Wie geht es mit dem Zwischenlager Brunsbüttel weiter?
4. Für Bürgerbusse müssen regionale Lösungen gefunden werden
5. Regierungsfaktionen lehnen CDU-Forderung nach Notenzeugnissen an allen Grundschulen ab

23.01.2015

Grüne-Pressemitteilung widerspricht eigenem Landtagsbeschluss
SPD, Grüne und SSW erreichen bei Fehmarnbeltquerung keine gemeinsame Position



Hartmut Hamerich, MdL

Mit ihrem Antrag „Bund muss Hinterlandanbindung und Feste Fehmarnbeltquerung koordinieren“ wollten die Regierungsfaktionen heute mehrere Forderungen an den Bund auf den Weg bringen. Hintergrund war die Sorge, dass auf dänischer Seite das Projekt fertig gestellt werde, bevor die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite aufnahmefähig ist. In den vergangenen Wochen waren bereits Forderungen der Grünen und aus der SPD-Ostholstein öffentlich geworden, das Projekt insgesamt erneut in Frage zu stellen.

Die unterschiedlichen Positionen in der Koalition wurden auch in der Debatte mehr als deutlich. Für die CDU erklärte der ostholsteinische Abgeordnete Hartmut Hamerich, von den Dänen könne angesichts des im Staatsvertrag vereinbarten Zeitplanes niemand erwarten, auf die Deutschen zu warten. Genau diesen Eindruck erweckten allerdings die Redner der Regierungsfaktionen. Im Fortgang der Debatte bot Hamerich an, dass seine Fraktion die

Forderungen von SPD, Grünen und SSW an die Bundesregierung unterstützen würde. Voraussetzung der CDU: Die Forderung, die Verfahren zu koordinieren, sollte um das Wort „beschleunigt“ ergänzt werden. Dies lehnten SPD, Grüne und SSW ab. Daraufhin bot die FDP an, den Antrag um den Satz „Das beinhaltet verstärkte Anstrengungen auf Seiten des Bundes“ zu ergänzen. CDU-Fraktionschef Daniel Günther erklärte, aufgrund der hohen Bedeutung der Fehmarnbeltquerung sei seine Fraktion bereit, auch diese Formulierung mitzutragen. Wichtig sei ihm ein gemeinsames Signal des Landtages. Nach einer Sitzungsunterbrechung stimmten SPD, Grüne und SSW dem zu.

Nur etwa 90 Minuten später folgte eine gemeinsame Pressemitteilung der Vorsitzenden der Regierungsfractionen. Darin erklärte die Grüne Eka von Kalben: „Wir Grünen lehnen die feste Fehmarnbelt-Querung ab - das ist nicht neu und daran hat sich nichts geändert.“

„Mit einer Pressemitteilung hebt man keine Landtagsabstimmung auf“, konterte CDU-Fraktionschef Daniel Günther. Der Versuch der Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition, mit einer sowohl für Gegner als auch Befürworter des Projektes tragfähigen Formulierung jede Verantwortung für das Projekt auf den Bund abzuschieben, sei gründlich gescheitert. „Heute ist endgültig klar geworden, dass SPD, Grüne und SSW bei diesem Thema zum Schaden Schleswig-Holsteins heillos zerstritten sind“.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2626.pdf>

CDU: Windkraftausbau muss mit dem Netzausbau Hand in Hand gehen **Landtag diskutiert über Folgen aus dem OVG-Urteil**



Oppositionsführer Daniel Günther

Drei Tage nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig diskutierte heute der Landtag über die Konsequenzen. „Selbstverständlich respektieren wir das Urteil des OVG zu den Windenteignungsflächen. Ich sage aber auch: Wir bedauern die Entscheidung außerordentlich“, erklärte CDU-Fraktionschef Daniel Günther in seiner Rede.

Auf allen Ebenen bestünde nun Rechts- und Planungssicherheit; zusätzlich drohe ein Kostenanstieg für den Verbraucher. Deshalb erwarte der CDU-Politiker Antworten der Landesregierung darauf, wie diese eine landesweite Koordination des Windenergie- und Netzausbaus durch die Regionalplanung sicherstellen wolle.

Drei Punkte seien für die CDU entscheidend. Erstens dürfe nicht auf Zeit gespielt werden, sondern es müsse schnell Planungssicherheit hergestellt werden. Zweitens dürfte die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährdet werden. Drittens: Um dies zu erreichen, müsse der Ausbau der Windkraft an den Fortschritt des Netzausbaus gekoppelt werden.

Günther unterstrich in der Debatte die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung. „Es zeigt sich, wie richtig es vom damaligen Innenminister Klaus Schlie war, eine zweite Anhörung gegen die massive Kritik von SPD, Grünen und SSW durchzusetzen“, so der Abgeordnete.

Neben der CDU unterstützte auch Ministerpräsident Albig in der Diskussion den Vorschlag der FDP, einen Runden Tisch einzurichten. In der anschließenden Abstimmung wurde der FDP-Antrag einstimmig angenommen.

Am Dienstag hatte das Oberverwaltungsgericht Schleswig Regionalpläne für Windeignungsgebiete in zwei von landesweit fünf Planungsräumen gekippt. Dies hat zur Folge, dass Windräder überall im Land gebaut werden dürfen, auch dort, wo sich Einwohner dagegen ausgesprochen haben.

Wie geht es mit dem Zwischenlager Brunsbüttel weiter?

Magnussen spricht sich für Nutzung des genehmigten Zwischenlagers Gorleben aus



Energiepolitischer Sprecher, Jens-Christian Magnussen

Ende letzter Woche wurde das Aus für das Zwischenlager für atomare Abfälle am Standort Brunsbüttel bekannt. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Juni 2013. Energiewendeminister Dr. Robert Habeck hatte daraufhin die Duldung der derzeit eingelagerten Castoren bis 2018 angeordnet. Heute hat der Landtag über dieses Thema debattiert.

Viele Fragen, so wurde im Laufe der Debatte deutlich, werden durch dieses Urteil aufgeworfen. So sollte Brunsbüttel zu den neun vorhandenen Castoren, noch 25 weitere aus England und Frankreich aufnehmen. Nun bleibt deren Verbleib vorerst offen. Mit der Ordnungsverfügung von Minister Habeck wurde Zeit gewonnen, mehr aber nicht.

Jens-Christian Magnussen, energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion bemerkte in seiner Rede: „Es wäre ehrlicher, mit Gorleben bis zur Fertigstellung von Alternativen für Brunsbütteler Castoren ein genehmigtes Zwischenlager zu nutzen, statt mit Ordnungsverfügungen viele Jahre mit Provisorien zu arbeiten.“ Bei der Frage nach der Sicherheit der Bevölkerung könne

man bis dahin nicht nach dem Motto „Hoffen und Beten“ verfahren. Außerdem könnte der Betreiber sich dann auf den geordneten und rechtssicheren Rückbau des Kraftwerkes konzentrieren.

Für Bürgerbusse müssen regionale Lösungen gefunden werden CDU für Förderung alternativer Mobilitätsangebote



Verkehrspolitische Sprecher Hans-Jörn Arp

Die PIRATEN hatten mit einem Antrag gefordert, dass Bürgerbusse in Schleswig-Holstein mehr gefördert werden sollen. Bürgerbusse sind ehrenamtlich organisierte und betriebene Buslinien. In Schleswig-Holstein gibt es aktuell zwei Bürgerbuslinien, auf Fehmarn und in Bad Segeberg. Die dritte Linie zwischen Borstel und Kaltenkirchen wurde Ende letzten Jahres eingestellt.

Zu Beginn der Debatte sprach der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, den Ehrenamtlichen, die mit großem Engagement teils über Jahrzehnte Bürgerbusse in Schleswig-Holstein betrieben haben, sein Lob und seinen Dank aus.

Für die CDU-Fraktion stellen Bürgerbusse eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV dar. Gerade in den ländlichen Regionen, wo der demographische Wandel am stärksten bemerkbar sei. Allerdings machte Arp deutlich, dass für den Betrieb eines flächendeckenden ÖPNVs immer noch der Staat zuständig sei. Bürgerbusse dürften nicht in Konkurrenz dazu stehen.

„Darüber hinaus ist die Bereitstellung von ÖPNV nach meiner Auffassung eine kommunale Aufgabe und damit keine Aufgabe, die das Land sich aneignen sollte. Dafür haben wir schließlich die kommunale Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein,“ so Arp.

Das Problem sollte vielmehr als Impuls genutzt werden, um alternative Mobilitätsangebote für Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln. Arp zeigte sich bereit im Rahmen der Ausschussüberweisung Ideen für diesen Bereich zu entwickeln. „Schleswig-Holstein könnte dabei eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen,“ so Arp.

Regierungsfractionen lehnen CDU-Forderung nach Notenzeugnissen an allen Grundschulen ab Franzen kritisiert leistungsfeindliche Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW

Nicht zum ersten Mal stand heute die Debatte zur Notenvergabe an Grundschulen auf der Tagesordnung. Die Regierungskoalition mit Bildungsministerin Alheit verteidigt weiterhin die

Pläne von Ex-Bildungsministerin Wende, keine Noten in der Grundschule zu vergeben. Dabei hatte eine Kleine Anfrage der CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen belegt, dass lediglich 65 von 482 Grundschulen die Abschaffung von Noten akzeptiert hatten. Alle anderen stimmten mit der Mehrheit von Eltern und Lehrern für die Beibehaltung von Notenzeugnissen.

Franzen forderte eine einheitliche Regelung, um beim Wechsel auf die weiterführende Schule ein Benachteiligung der Kinder zu vermeiden. „Zum einen wollen wir die Rückmeldung über die Note und zum anderen einen Bericht oder auch ein Kompetenzraster, das über die individuellen Entwicklungen des einzelnen Schülers informiert“. Sie erinnerte damit noch einmal an die Stellungnahme des Landeselternbeirates für Grundschulen und Förderzentren, der genau das fordert.

Ebenfalls befasste sich das Plenum mit der umstrittenen Methode zum Erlernen von Lesen und Schreiben. An einigen Schulen wird diese – in Hamburg mittlerweile aus den Schulen verbannte – Methode immer noch angewandt. Dabei ist durch mehrere Studien belegt worden, dass sich diese Methode insbesondere bei Kindern, denen das Lernen ohnehin schon schwer fällt, negativ auswirkt.

Franzen ging insgesamt mit der leistungsfeindlichen Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW ins Gericht. „Die gesamte Bildungspolitik dieser Legislaturperiode hat sich von dem Leistungsgedanken unserer Schulen inzwischen verabschiedet. Alle Kinder werden mit 6 Jahren eingeschult, egal ob es gut für sie ist oder nicht. Die Noten in den Schulen sollen am liebsten ganz abgeschafft werden. Eine Schullaufbahneempfehlung am Ende der Grundschulzeit gibt es nicht mehr. Klassenwiederholungen und Schrägversetzungen vom Gymnasium an die Gemeinschaftsschule und umgekehrt sollen die Ausnahme sein. Der Notendurchschnitt für den Übergang in die Oberstufe wurde auf 3 herabgesenkt. Der Anspruch an den Leistungsstandard in der Abiturprüfung für das Fach Deutsch wurde reduziert. Alles mit dem Ziel, dass es in Schleswig-Holstein mehr Abiturienten geben soll. Das Ziel werden sie erreichen. Die Quantität wird steigen, allerdings auf Kosten der Qualität der Bildung unserer Kinder“.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2629.pdf>



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de